

## **„Die hohe Nachforderung war dann der Wendepunkt: Ich versuchte, die Abrechnung zu verstehen“**

Welt, 21.02.2024, Michael Höfling

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus250167922/Heizungswende-Die-hohe-Nachforderung-war-dann-der-Wendepunkt-Ich-versuchte-die-Abrechnung-zu-verstehen.html?cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft>

Der Finanzmathematiker Werner Siepe heizt mit Fernwärme. Als sein Versorger vierstellige Nachzahlungen forderte, arbeitete er sich ins Thema ein. Mit einer Bürgerinitiative deckt er nun die Intransparenz der Branche auf. Auch die angekündigte Preisplattform sieht Siepe skeptisch.

Werner Siepe ist Finanzmathematiker und Volkswirt. Interessierten Lesern könnte sein Name geläufig sein: Der Pensionär aus Erkrath-Hochdahl bei Düsseldorf beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit Themen rund um Renten und Immobilien, hat dazu Bücher veröffentlicht und ist ein bei Medien gern gesehener Ansprechpartner. Nun hat sich Siepe wider Willen selbst zum Fachmann für ein weiteres Fachgebiet entwickelt: Fernwärme.

Der Auslöser dafür war ein Tag im November 2022. Da erhielt Siepe plötzlich die Aufforderung, seinem Energielieferanten für das Jahr 2021 insgesamt 2100 Euro nachzuzahlen. Siepe hatte Fragen, begann zu forschen, zu vergleichen, sich zu vernetzen – und ist jetzt Mitinitiator der Interessengemeinschaft Fernwärme Hochdahl. Sie will Öffentlichkeit schaffen für die Unzulänglichkeiten und Fragezeichen hinter einer Versorgungsart, die neben der Wärmepumpe die zweite Säule der Wärmewende, der Energiewende im Gebäudesektor, werden soll – was für die Regierung zur Unzeit kommt. WELT sprach mit Siepe.

WELT: Herr Siepe, Sie haben über Jahrzehnte ihre Abrechnungen für die Fernwärme unbeachtet weggeheftet. Nun sind Sie Profi auf diesem Gebiet. Was ist passiert?

Werner Siepe: Fernwärme war immer sehr bequem: Man brauchte weder Heizungskessel noch Öltank oder Schornstein, zudem keine Wartung, und ab und zu gab es sogar Geld zurück. Die hohe Nachforderung war dann der Wendepunkt: Ich versuchte, die Abrechnung zu verstehen. Das gelang selbst mir als Finanzmathematiker kaum.

WELT: Woran liegt das?

Siepe: Die Anbieter arbeiten mit kaum verständlichen Preisformeln, sodass niemand wirklich nachvollziehen kann, wie eine Rechnung zustande kommt. Es wird zum Beispiel auf völlig unübliche Preisindizes zurückgegriffen, sie werden zudem willkürlich ausgewählt und unterschiedlich gewichtet. So entstehen große Preisunterschiede: Ich habe etwa in mühsamer Kleinarbeit ermittelt, dass die Arbeitspreise bei erdgasbetriebenen Fernheizwerken je nach Anbieter extrem weit auseinander liegen. Der Arbeitspreis bei dem einen kann durchaus dreimal so hoch ausfallen im Vergleich zu einem anderen Anbieter.

WELT: Haben Sie für diese enormen Unterschiede eine Erklärung?

Siepe: Neben der beschriebenen Intransparenz ist es zum Beispiel so, dass Blockheizkraftwerke zugleich Strom und Wärme produzieren. Man nennt das Kraft-Wärme-Kopplung. Der Strom kann für gutes Geld vermarktet werden. Es gibt aber viele Fernwärme-Anbieter, die sämtliche Erlöse aus der Stromproduktion aus der Abrechnung heraushalten und den Kunden nicht gutschreiben. An dieser Stelle muss man auch mal loben: Vattenfall etwa berücksichtigt diese Stromerlöse in der Preisformel.

WELT: Die Anbieter sind doch aber durch die amtliche Fernwärmeverordnung zur Transparenz verpflichtet. Sie müssen über ihr Geschäftsgebaren „vollständig und in allgemein verständlicher Form informieren“.

Siepe: Verbraucherschützer monieren die Problematik der fehlenden Transparenz, die sich auch aus den monopolistischen Strukturen bei der Fernwärme speist, schon seit Längerem. Aber eine große Wirkung erzielt das eben erst jetzt, da die Kunden mit den enormen Preissteigerungen konfrontiert sind.

WELT: Wie wirkt sich dieser Trend zu höheren Preisen konkret aus?

Siepe: Nehmen Sie das Beispiel Hanau. Die dortigen Stadtwerke verlangen einen Arbeitspreis von knapp 29 Cent pro Kilowattstunde einschließlich Mehrwertsteuer, das dürfte zurzeit fast schon ein deutschlandweiter Rekord sein. Bei einem typischen Einfamilienhaus mit 120 Quadratmetern Wohnfläche liegen die Heizkosten – ohne Warmwasser – dann bei 498 Euro. Im Monat! Wenn ab April die Mehrwertsteuer wieder von sieben auf 19 Prozent steigt, reden wir sogar über 553 Euro. Dies sind dann unfassbar hohe 4,61 Euro pro Quadratmeter im Monat allein für die Fernwärmekosten.

WELT: Die Politik muss nun nach dem Desaster um das Heizungsgesetz fürchten, dass ihr die Bürger angesichts der Verwerfungen bei der Fernwärme auch bei der zweiten Säule ihrer Wärmewende von der Fahne gehen. Nun soll es eine Preisvergleichsplattform geben, die Kunden ermöglicht, ihre Kosten mit denen anderer Fernwärmennutzer abzugleichen. Was bringt das, wenn sie den Anbieter eh nicht wechseln können?

Siepe: Das ist ein berechtigter Einwand. Ich bin bei dieser Maßnahme ohnehin skeptisch. Man kann solch eine Übersicht natürlich manipulieren, indem man zum Beispiel die teuersten Anbieter weglässt. Warten wir doch mal ab, ob die Stadtwerke Hanau und andere Versorger mit noch höheren Fernwärmepreisen in der Übersicht auftauchen. Außerdem müssten auf der Preisplattform außer dem Arbeitspreis noch der Grundpreis und ein angenommener Mischpreis aus beidem bei einem bestimmten Verbrauch angegeben sein.

WELT: Das dürfte Laien überfordern.

Siepe: Eben. Aber selbst eine vollständige Vergleichbarkeit wird nicht gegeben sein: E.ON zum Beispiel – inklusive Tochterfirmen einer der größten Versorger bundesweit und übrigens auch unser Versorger in Erkrath bis Ende 2022 – kann für 2024 gar keine Angaben machen, weil sie die Preise für dieses Jahr erst am Jahresende nachlaufend ermitteln und 2025 bekanntgeben. Und, letzter Punkt: Man muss sich klarmachen, dass der Vorschlag für die Preisplattform von den Lobbyorganisationen

BDEW, VKU und AGFW kommt. Erst deren Regelwerk zugunsten der eigenen Mitglieder hat ja die Misere bei den Fernwärmepreisen überhaupt verursacht. Unterm Strich ist die ganze Maßnahme für mich ein Placebo, das angesichts der aufkommenden Unruhe ein Handeln der Politik simulieren soll. Aber wir Verbraucher sind nicht ganz wehrlos.

WELT: Wie meinen Sie das?

Siepe: Es gab den Glücksfall, dass mir sämtliche detaillierten Preisübersichten des AGFW für rund 150 Unternehmen für 2021, 2022 und 2023 zugespielt worden sind. Die Preislisten liegen auch dem Bundeskartellamt vor, das ein Verfahren gegen sechs Stadtwerke und Fernwärmeversorger wegen des Verdachts auf missbräuchlich überhöhte Preissteigerungen eingeleitet hat.

WELT: An den hohen Energiepreisen lässt sich kurzfristig wenig ändern. Wie könnte man trotzdem zügig eine Verbesserung für Verbraucher erreichen?

Siepe: Wirtschaftsminister Robert Habeck hat ja wörtlich transparentere und fairere Preise für Fernwärmekunden gefordert – und damit indirekt zugegeben, dass die Preise zurzeit zum Teil intransparent und unfair sind. Damit sich das ändert, müssen relevante Regelungen, Entscheidungen oder auch Preise durchschaubar, verständlich und nachvollziehbar sein. Auch geht es um möglichst vollständige, richtige und aktuelle Preisübersichten für ein bestimmtes Produkt sowie um Preisinformationen seitens der Anbieter. Die Preise müssen am Ende die Kosten der Unternehmen decken und sowohl ihnen einen angemessenen Gewinnzuschlag ermöglichen als auch für die Verbraucher sozial verträglich sein. Wichtig wäre auch eine Schlichtungsstelle für Fernwärmekunden. Die gibt es nämlich einfach nicht. Dänemark ist nicht nur in dieser Frage weiter als wir. Dort hat man früh erkannt, dass sich die gesellschaftliche Akzeptanz für ein Quasi-Monopol wie bei der Fernwärme nicht mit privatwirtschaftlicher Gewinnorientierung verträgt.

WELT: Noch mal zu Ihrer persönlichen Situation: Haben Sie die Nachzahlungsforderung Ihres Anbieters beglichen?

Siepe: Die Nachzahlung für 2022 gar nicht und die für 2021 nur unter ausdrücklichem Vorbehalt. Gegen die Wärmerechnungen von E.on habe ich Widerspruch eingelegt und diesen auch ausführlich begründet. Wenn mich Mitstreiter aus unserer Initiative darauf ansprechen, frage ich sie: Glaubt ihr, dass E.on einzeln gegen euch alle klagen wird, wenn ihr nicht bezahlt? Manche überzeugt das, die machen das dann auch so. Es gibt aber auch viele, die trotzdem ängstlich sind, alles zahlen oder nur einen Teilbetrag zurückbehalten. Ich setze meine Hoffnungen auf die Sammelklage des Verbraucherzentrale Bundesverbandes gegen E.on, die bereits beim Oberlandesgericht Hamm eingereicht worden ist. Und wer weiß, vielleicht geht auch das Bundeskartellamt gegen E.on vor, wie es dies bereits bei dessen Rechtsvorgängerin Innogy getan hat. Laut Innogy-Rechnung für 2017 erhielt ich beispielsweise dank Bundeskartellamt einen kleinen Erstattungsbetrag von 256 Euro.